

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Verlags-Redakteur (in. Ann. d. Handeltreib.): Carl Meißel, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Parasch.-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3000-3005, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3000-3006, Telegramm-Adresse: Ullsteinchen, Berlin. Postcheckkonto Berlin 656.

Regierungserklärung im Reichstage

„Getreu im Sinn der Weimarer Verfassung“

Rundlich um 1 Uhr eröffnet Präsident Ebert die Sitzung mit der Bekanntgabe des von Reichspräsidenten vorgelegenen neuen Ernennungen. Während der Verteilung ergreifen die Minister im Saale, an der Spitze Reichskanzler Dr. Brüning, die Worte: „Ich bin als Abgeordneter hierher, dann folgt Straßmann, v. Reubell, Köhler, Brauns, Curtius, Schiele, Dr. Koch, Geyer. Der Beschluß machte der neue Reichsminister Schögel.

Ehe der Reichskanzler das Wort erhält, melden sich zwei Kommunisten zum Wort. Zuerst der Abgeordnete Kappel, der verlangt, daß die Interpellation wegen Verletzung der Arbeitszeit mit der freien Aussprache verbunden wird und vom Reichskanzler die Erklärung darüber fordert, welche Maßnahmen er gegen die Rat der Arbeiter zu ergreifen gedenkt, dann der Abgeordnete Seigler, der sich über die Interpellation wegen der Ranzardsfrage verbreitet.

Der Präsident erwidert, er müsse es dem Reichskanzler überlassen, inwieweit er auf die von den Kommunisten geforderten Wünsche in seiner Regierungserklärung eingehen will. Unter großer Spannung des ganzen Saales gibt der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort:

Der Inhalt der Erklärung

Die neue Regierungserklärung ist sich darüber einig, daß die Erneuerung ihrer Politik die Anerkennung der Reichsverfassung ist. In der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform liegt die Grundlage der Verfassung. Sie wird entsprechend der seitlichen Gestaltung des Reichspräsidenten in dem an den Kanzler gerichteten Brief vom 20. Januar getreu im Sinne der Weimarer Verfassung für das Wohl des Vaterlandes arbeiten.

Die Reichsverfassung begründet das deutsche Staatswesen heute als einmütlich geeinigtes und verbündetes als den festen Willen der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und Ehre der geltenden Verfassung in der Gesamtheit ihrer Organe und der Reichsorgane, wie sie im Artikel 1 der Verfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten.

Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandekommen. Dasselbe sind alle in der Regierung vertretenen Männer darüber einig, daß Verfassungsänderungen nur auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden können. Insbesondere wird die Regierung gegen alle Verordnungen, die rechtswidrig oder gegenständig dem Inhalt der Staatsform propagieren, vorgehen.

Die Treuepflicht gilt besonders für alle Beamten, selbstverständlich unter Beachtung des verfassungsmäßig gewährleisteten Schutzes auf freie Meinungsäußerung. Selbstverständlich gilt die Treue zur Weimarer Verfassung keineswegs aus, der höchsten Veranlassung Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Die heute bestehende Kauler der Deutschen ist auf christlicher Grundlage errichtet. In diesem Zusammenhange knüpft die Regierungserklärung den von der neuen Regierung in Aussicht genommene Reichsfesttag an. Grundlage dieses Festtages soll die Reichsverfassung sein, nach deren Wortlaut die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt werden sollen.

Der Reichskanzler ruft dann die Beamtenschaft auf zu tatkräftiger Schutze und gewissenhafter Beobachtung der Reichsverfassung.

Weber die Finanzlage sagt die Erklärung: Auch in Zukunft müßte die Reichsregierung bestrebt bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen Fällen zu schützen und den Interessen der öffentlichen Wirtschaft zu fördern zu halten. Selbstverständlich müßte mit dem Einkommensteuervertrag gerechnet werden. Die Finanzlage wird sich durch den Reichstag geregelt. Seine Beschäftigung ist dringend erforderlich. Darüber hinaus wird die Regierung bestrebt sein, den Wünschen der Kinder mehr als bisher entgegenzukommen.

Was die Wehrmacht anlangt, so wird die Regierung bestrebt sein, ihr das Vertrauen des deutschen Volkes zu erwerben. Das aber wird dem politischen Kampfe völlig entgegen stehen. Der Reichskanzler erinnert daran, daß es seinen Pflichten ist, die Führung über die Wehrmacht zu übernehmen, was allen Dingen betont die Erneuerung der Wehrmacht von allen Verfassungen in der bestehenden Wehrmacht und die vollständige Modernisierung in

dieser Beziehung mit dem Reichswehrminister und dem Chef des Weeres und der Marine.

Durch wechselseitiges Vertrauen werde es gelingen, die Wehrfrage, die in letzter Zeit große schädliche Gegenstände im Volke aufgewirren habe, als Streitpunkt dem politischen Kampfe abzugeben zu lassen.

Wägere Ausführungen sind dem Gebiete der Außenpolitik gewidmet. Der Kanzler betont die Hauptaufgabe der Regierung dieser Politik. Es verheißt sich nun selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen wird. An der Politik der letzten Jahre, die die Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen gefunden hat, wird festgehalten werden.

Die Verfassung des Reichskanzlers, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, und in der Verfassung des Außenministers, die die Durchführung der Außenpolitik enthält, ist Teil der Verfassung, so daß die Verfassung für die Fortführung der alten Politik schon dadurch fest ergibt.

Aber auch alle übrigen Mitglieder des Kabinetts sind einmütig in dem Entschluß, auf der eingeschlagenen Bahn weiterzuführen, um durch eine Politik des Rechts und des Friedens und durch den ehelichen Willen zur Verständigung und zur Zusammenarbeit mit den anderen Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und darüber hinaus Europas zu wirken.

In erster Stelle muß natürlich die Regierung bemüht sein, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen. Die Stämmung des Reiches bildet eine zwingende Notwendigkeit. Die Reichsregierung muß erwidern, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird.

Ziel aller Einzelmaßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl.

Doppelmord in Sommerfeld aufgeklärt

Sonderdienst der „Wossischen Zeitung“

F. S. Sommerfeld 1. 2., 3. Februar

Der Berliner Kriminalkommissioner Johannes Müller und Dr. Brahm ist es in enger Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei gelungen, das furchtbare Verbrechen an dem Ehepaar Finkler in Sommerfeld aufzuklären. Die beiden Täter sind bekannt: es handelt sich um den Biergärtner Ernst Sommerfeld, am 1. 1. 09 in Kitzers, Kreis Gernau, und Friedrich Finkler, geb. am 20. 2. 06 in Samburg, die am 29. Januar nachmittags aus der Biergartenhütte Verendorf bei Minster entflohen sind.

Die beiden Biergärtlinge haben sich sofort nach ihrer Flucht nach dem nur 65 Kilometer entfernten Sommerfeld gewandt, wo namentlich Sommer durch frühere Tätigkeit über die Ortsverhältnisse genau orientiert war. Sommer und Finkler haben sich hier einen Mordattentat geplant. Nach der Ermordung des Ehepaars Finkler sind die Verbrecher nach in derselben Nacht nach Gernau gefahren. Im Zuge haben sie ihre Kleider gewaschen und versteinert einen Stallungswagen, in dem sich 42 M. in Gartzegg befanden, in die Kette geworfen.

Wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, haben sich die Verbrecher in Gernau in einem Raubzettelgeschäft von Kopf bis Fuß neu eingekleidet. Sie haben in Gernau, nachdem sie sich in einer Raubkiste beschammet gefaßt hatten, eine Autobrotrolle nach Frankfurt a. M. genommen und dem Chauffeur außer dem Fahrgeld von 50 Mark ein Trinkgeld von 10 Mark gegeben.

In Frankfurt a. M. ist bisher die Spur verlorengegangen. Während der Kriminalkommissioner Sommerfeld noch nach Frankfurt begeben hat, leitete Kriminalkommissioner Johannes Müller die weiteren Ermittlungen an Ort und Stelle.

An diesem Stelle soll auch der Reichswirtschaftsrat mitwirken, nach dessen endgültiger Konstituierung die Reichsregierung die im Artikel 156 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angehörigen in der Wirtschaft im Falle der Tätigkeit im wirtschaftlichen Selbständigkeitsaufbau aufzukommenden Einkünfte weiter ausbauen wird.

Auf dem Gebiete der Reichsorgane haben große Aufgaben der Regierung. Der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Österreich

Demokratisches Mißtrauen

Ehe die allgemeine Aussprache beginnt, verliest der Präsident einen dem Reichstag im Reichstag am 29. Januar 1927 vorgelegenen Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Österreich

auf diesem Gebiete bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem hohen Hause vorgelegt werden. Damit in enger Verbindung steht, der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafgesetzbuches, durch den der alte Strafrecht noch einer reichsweiten Regelung des Strafrechts nachvollkommen umgestaltet werden soll. Die Erneuerung erscheint bedingt, daß das große Werk der Strafgesetzbuchreform, an dem seit Jahrzehnten gearbeitet wird, nach in der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages zu Ende geführt werden kann.

In der nächsten Mitarbeit an der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen steht die Reichsregierung eine wichtige Gegenwartsaufgabe. Mit dem Gefühl äußerster Verantwortung bezieht sich deshalb bei dieser Lage erfolgten Beschluß eines deutsch-österreichischen Abkommens über Normen- und Wirtschaftsangelegenheiten. Selbstverständlich nimmt die Reichsregierung an der bevorstehenden Weimarer Konferenz im Bonn, die eine Konferenz in Rom über das Urheberrecht folgen soll, sowie auch an den von Weimarer ausgehenden Besprechungen, auf wirtschaftlich bedeutsamen Reichsgebieten, insbesondere den des Schiffsverkehrs, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten anzubahnen.

Die von dem Deutschen Juristen zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts eingesetzte Kommission hat ihre Tätigkeit begonnen. Die Mitarbeiter des höchsten Organs der deutschen Juristenwelt bei dieser ist das gesamte Wirtschaftswesen. Besondere Beachtungswürdig ist jedoch zu berücksichtigen. Neben und unabhängig von diesen Beratungen nimmt die Reichsregierung an der Weimarer Konferenz im Bonn, die eine Konferenz in Rom über das Urheberrecht folgen soll, sowie auch an den von Weimarer ausgehenden Besprechungen, auf wirtschaftlich bedeutsamen Reichsgebieten, insbesondere den des Schiffsverkehrs, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten anzubahnen.

Mit erster Sorge steht die Reichsregierung, mit Reichspräsident und Reichstag einig, die Öffentlichkeit in der Öffentlichkeit auszufüllen, die oft über das politische Maß weit hinausgehen. Jede sachliche Kritik soll willkommen sein. Die Reichsregierung ist sich dessen wohl bewußt, daß die Zustimmung, um ihren Beruf zu erfüllen, des Vertrauens des Volkes bedarf, und wird zur Festigung dieses Vertrauens tun, was in ihren Kräften steht.

Die Rechte werden an ihrem Teil bewahrt bleiben müssen, die Verhältnisse in der Weimarer Reichsverfassung, die Weimarer Reichsverfassung zu verwalten. Das hohe Gut der richtigen Unabhängigkeit, die unantastbare Grundlage jeder geordneten Staatsführung, ist die Reichsregierung gewillt, mit allen Mitteln zu schützen.

Die Regierung ruft, so heißt es, auf die Mitarbeiter der deutschen Volkswirtschaft. Es sind dabei aber bemerkt, daß nur das einzige geschlossene Zusammenhalten unseres Volkes und der sich in dieser Geschlossenheit ergebende Wille imstande ist, unsere Arbeit fruchtbar zu gestalten. Wäre uns eine solche Einheitlosigkeit nicht verweigert, ein zielbewußter Führung und Einheits ihres ganzen Kraft wird es die Regierung nicht lassen lassen.

Die Rede fand am Schluß stehend lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Als erster Redner spricht der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken.